

**13
77**

Union in Deutschland

Bonn, den 31. März 1977

Der Kanzler wird anmaßend

Es ist anmaßend, wenn der Bundeskanzler so tut, als ob das Schicksal der Bundesrepublik Deutschland von der Existenz der SPD/FDP-Koalition abhängt. Gerade die letzten Wochen haben bewiesen, daß die von Helmut Schmidt geführte Regierung verbraucht ist und mit den Problemen unseres Landes nicht mehr fertig wird. Das Vertrauen der Bevölkerung in die amtierende Bundesregierung schwindet mehr und mehr.

Dies stellt Helmut Kohl zu der Erklärung des Bundeskanzlers vor der SPD-Fraktion fest, „wenn die Koalition ausgehebelt werden sollte, dann würden in der Tat in Deutschland soziale Unruhen und soziale Zustände und danach politische Konsequenzen eintreten, wie sie in anderen europäischen Staaten seit zwei bis drei Jahren zu beobachten sind.“

Diese Erklärung des Bundeskanzlers beweist, daß Helmut Schmidt allmählich alle politischen Maßstäbe verloren hat. Der Bundeskanzler weiß ganz genau, daß er sich nur durch Manipulation während des Wahlkampfes und unmittelbar nach den Wahlen an der Macht halten konnte.

Der Rentnerbetrug, der Rücktritt des in Skandale verwickelten hessischen Ministerpräsidenten

(Fortsetzung auf Seite 2)

SCHMIDT

100 Tage tatenlos — Der ungeliebte Kanzler — Wer rettet Kanzler Schmidt und weitere Zitate der deutschen Presse über die Lage der SPD/FDP-Koalition?

Seite 3

KOMMUNEN

Bei der Finanzsituation der Gemeinden herrscht höchste Alarmstufe. Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag.

Seite 4

KONJUNKTUR

Die Soziale Marktwirtschaft wird schrittweise unterlaufen. Bundestagsdebatte über den Jahreswirtschaftsbericht

Seite 5

BUNDESTAG

Initiativen der Union, u. a. Steuer für DDR-Lkw, Ausbildungsförderung, „heimliche“ Steuererhöhungen, Flugsicherung

Seite 7

PARTEIARBEIT

Ideen — Taten — Aktionen: Interessante und beispielhafte Aktionen der CDU-Verbände

Seite 13

DOKUMENTATION

100 Tage neue SDP/FDP-Regierung — Bilanz und Ausblick, was von dieser Regierung bis 1980 zu erwarten ist Grüner Teil

■ INFORMATION

Gesetzesflut verdreifacht

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der CDU/CSU hat deutlich gemacht, daß sich die Zahl der Gesetze, Verordnungen und Rechtsverordnungen seit 1969 fast verdreifacht hat. Die Opposition zieht daraus den Schluß, daß die persönliche und finanzielle Freiheit des einzelnen durch immer neue Gesetze und Vorschriften eingeschränkt wird. Wie die MdB Häfele und Leicht dazu erklärten, hat diese Flut neuer Vorschriften nicht zuletzt dazu geführt, daß sich Personal und damit die Kosten bei Bund, Ländern und Gemeinden explosionsartig erhöht hätten.

Drei Millionen Arbeitslose?

„Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik wird auf zwischen zwei und drei Millionen anwachsen, wenn nicht rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden.“ Das ist das Ergebnis von Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die der hessische DGB-Landesbezirksvorsitzende Richert in Kassel erläuterte. Amtlich festgestellt

gebe es gegenwärtig über 1,2 Millionen Arbeitslose in der Bundesrepublik, sagte Richert. Zusätzlich rund 300 000 Arbeitnehmer nähmen an Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit teil und seien deshalb nicht als Arbeitslose ausgewiesen. In den nächsten fünf Jahren sei ein Ansturm von etwa 45 000 ausländischen Jugendlichen, rund 100 000 Umsiedlern und nicht zuletzt der geburtenstarken Jahrgänge auf dem Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt zu erwarten.

Los vom Losverfahren

Eine Anfrage zur Neuordnung des Hochschulzugangs in harten Numerusclausus-Fächern hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bundestag eingebracht. Dazu erklärte ihr bildungspolitischer Sprecher, Anton Pfeifer, MdB: Es gibt vermehrte Anzeichen dafür, daß einige SPD-geführte Länder vor der sicher schwierigen Neuordnung des Hochschulzugangs in harten Numerusclausus-Fächern kapitulieren und sich auf ein Losverfahren als dem kleinsten gemeinsamen Nenner verständigen wollen. Die Union fordert deshalb die Bundesregierung auf, sich in der Lenkungsgruppe der Arbeitsgruppe

Fortsetzung von Seite 1

denten Osswald drei Minuten nach Schließung der Wahllokale, der Rücktritt des Bundesarbeitsministers Arendt, der den Abgeordneten der SPD am Tage der Kanzlerwahl verschwiegen wurde, sind hierfür Beweise. Was die Bundesrepublik braucht, ist eine bessere Regierung mit klaren alternativen Vorstellungen zu den brennenden Fragen der deutschen und internationalen Politik.

Der Bundeskanzler sollte sich im übrigen zu Herzen nehmen, was der ehemalige Präsident der EG-Kommission, Mansholt, gerade in einem Interview mit dem WDR festgestellt hat: „Helmut Schmidt denkt, er ist ein Realpolitiker, er ist gar kein Politiker, er ist ein Administrator. Administrativ und wirtschaftlich umgehen kann er gut, aber er hat keine politische Vision, er administriert sein Land, aber nicht Europa, glücklicherweise.“

„Hochschulzugang“ der Kultusministerkonferenz, in der die Neuordnung des Hochschulzugangs vorbereitet wird, eindeutig gegen ein Losverfahren in harten Numerus-clausus-Fächern auszusprechen, um die Entwicklung eines gerechteren Hochschulzugangsverfahrens für diese Fächer nicht zu verhindern.

Dilettantismus

Inmitten einer sich krisenhaft zuspitzenden Situation im südlichen Afrika schickt die Bundesregierung Ministerin Marie Schlei demonstrativ in die afrikanischen „Frontstaaten“ und läßt diesen erhöhte Entwicklungshilfe anbieten. Gleichzeitig sollen in Zukunft die sogenannten Befreiungsbewegungen in diesem Raum erstmals offiziell mit deutschen Geldern unterstützt werden.

Der entwicklungspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Dr. Jürgen Gerhard Todenhöfer, erklärte hierzu: „Die Bundesrepublik Deutschland kann sich angesichts dieser Entwicklung den außenpolitischen Dilettantismus dieser Bundesregierung in der Afrikapolitik nicht mehr leisten. Die CDU/CSU fordert die Bundesregierung daher auf, endlich ein schlüssiges Konzept einer ausgewogenen politischen Strategie gegenüber dem südlichen Afrika vorzulegen.“

158 gegen 600

Das für den Westen ungünstige Kräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt kommt besonders bei den Bombern zum Ausdruck. Einer östlichen Superluftflotte von 600 stehen auf NATO-Seite nur 158 Maschinen gegenüber. In einer entsprechenden Tabelle im Dokumentationsteil UID 12/77 war die Zahl der Warschauer-Pakt-Bomber durch technisches Versehen ausgelassen worden.

■ INS SCHWARZE

„Die These, daß soziale Unruhen die Alternative zur gegenwärtigen Bundesregierung darstellten, ist alt, dumm und arrogant. Helmut Schmidt ist von Haus aus zu intelligent, um sie mit Überzeugtheit aufzugreifen. Wenn er es dennoch tut, gibt er zu erkennen, wie schlecht es ihm geht, in welch tiefe Verwirrung ihn die Realität seiner Erfolglosigkeit gestützt hat ... Es drohen nicht ‚soziale Unruhen‘, sondern innere Unruhen in der SPD.“

Die Welt, 26. 3. 1977

„Daß Helmut Schmidt heute wieder nach dieser abgegriffenen Formel von den ‚sozialen Unruhen‘ greift, die auch sein Vorgänger Willy Brandt bei den Wahlkämpfen 1972 und 1976 ausgestreut hatte, zeigt, wie angeschlagen der Kanzler ist.“

Stuttgarter Nachrichten, 26. 3. 1977

„Tatsächlich scheint die sozialliberalen Mandatsträger derzeit eine heimliche Lust am Untergang befallen zu haben.“

Die Rheinpfalz, 26. 3. 1977

„Hundert Tage zweite Regierung Schmidt: Die Bilanz ist eindeutig negativ. In mehr als drei Monaten ist das Bild des starken, vertrauenserweckenden ‚Eisernen Kanzlers‘ in der Öffentlichkeit verblaßt. Der energische, willensstarke, manchmal auch harte Wirtschaftler aus Hamburg, der Staatsmann von internationalem Niveau, der Mann, der das Schicksal eines Landes in Händen zu halten wußte, von dem auch jenes Europa abhängt, dieser Mann vermittelt heut den Eindruck, müde, abgenutzt und sogar verzagt zu sein. Er ist wie ein verdunkelter Stern.“

„Giornale Nuovo“, Mailand, 25. 3. 1977

„100 Tage tatenlos“.

Westfälische Nachrichten, 26. 3. 1977

„Der ungeliebte Kanzler“.

Neue Rhein-Zeitung, 26. 3. 1977

„Wer rettet Kanzler Schmidt?“

Spiegel-Titel, 28. 3. 1977

■ FINANZEN

Höchste Alarmstufe bei den Kommunen

Nach dem CDU-Sieg bei den hessischen Kommunalwahlen stehen jetzt im ganzen Bundesgebiet den 57 000 kommunalen Mandatsträgern der CDU/CSU 42 000 der SPD gegenüber. Mit einer Großen Anfrage zur Lage der Städte, Gemeinden und Kreise hat sich in dieser Woche die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag zur Sprecherin der Kommunen gemacht. Was damit erreicht werden soll, erläutert nachfolgend der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion und KPV-Vorsitzende Dr. Horst Waffenschmidt:

① Bei der Finanzsituation der Gemeinden herrscht höchste Alarmstufe. Dies hat weittragende Folgen für die Bewältigung der anstehenden wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben in der Bundesrepublik. Die Schuldenlast der kommunalen Körperschaften steigt 1977 auf rd. 100 Mrd. DM. Trotz weiterer Darlehnsaufnahmen in Höhe von rd. 10,5 Mrd. DM bleibt 1977 eine Finanzierungslücke in den kommunalen Haushalten von rd. 6 Mrd. DM. Die Mehreinnahmen aus der Gemeindefinanzreform von 1969 reichen nicht einmal aus, um die Mehrausgaben der Gemeinden im Sozialbereich zu finanzieren. Die Steueränderungsvorschläge der Bundesregierung belasten die Gemeinden mit zusätzlich über 3 Mrd. DM, ohne einen finanziellen Ausgleich vorzusehen. Hinzu kommen die Belastungen aus den vorgelegten Gesetzentwürfen der Bun-

desregierung im Bereich Rentenversicherung und Gesundheitswesen.

② In dieser Situation will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine klare Beurteilung über die bestehenden und zu erwartenden Belastungen der Gemeinden aus der Bundesgesetzgebung. Ferner muß die Bundesregierung endlich darlegen, wie sie konkret ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Gemeinden erfüllen will.

③ Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will eine baldige Debatte im Deutschen Bundestag zu dem gesamten Fragenkomplex. Beiträge der Gemeinden für öffentliche Investitionen können in dem erwarteten Ausmaß nur geleistet werden, wenn Bund und Länder endlich die finanziellen Belastungen der Gemeinden durch verbesserte Beteiligung der Gemeinden am Steueraufkommen ausgleichen. Eigene Einnahmequellen der Gemeinden sind bis zur Grenze des für die Bürger Zumutbaren ausgeschöpft. Allein die Belastungen der Bürger mit kommunalen Gebühren stiegen von 1969 bis 1977 um rd. 10 Mrd. DM auf 19,06 Mrd. DM.

④ Außerdem will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eindeutige Informationen der Bundesregierung über die künftigen Rahmenbedingungen für Gemeindeentwicklungsaufgaben im Bereich der Verkehrspolitik, der Wirtschaftsförderung und der Raumordnung.

⑤ Ferner sollen weitere Initiativen für die Vereinfachung der Gesetzgebung und die Ausführung von Bundesgesetzen ausgelöst werden. Diesem Zweck dienen z. B. die Fragen zu Planspielen und zu verstärkter praktischer Vorprüfung von gesetzlichen Vorschriften vor Erlass neuer Gesetze. Außerdem ist es notwendig, über die künftige Rolle der Bürgerinitiativen zu beraten.

■ JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT

Die Soziale Marktwirtschaft wird schrittweise unterlaufen

Die deutsche Wirtschaft ist seit Beginn der 70er Jahre von Fehlentwicklungen geprägt. Wir haben eine Politik zu verzeichnen, bei der nicht durch einen revolutionären Akt, sondern durch eine Vielzahl einzelner Maßnahmen die Freiheitsspielräume des einzelnen immer mehr eingeengt werden und unser Ordnungssystem langsam gewandelt und verändert wird. Die Marktwirtschaft wird schrittweise unterlaufen. Dies stellten in der Bundestags-Debatte über den Jahreswirtschaftsbericht die Sprecher der Union fest.

Zu den Fehlentwicklungen gehören, wie Franz Josef Strauß feststellte:

① Die Minderung des Leistungsanreizes und des Leistungswillens. Die Belastung der Arbeitnehmer durch Steuern, Sozialabgaben und Preissteigerungen hat ein Ausmaß erreicht, das den Leistungsanreiz beseitigt und den Leistungswillen drosselt. Diese Besteuerung wird zur Staatsverdrossenheit und zum Leistungsverzicht führen.

Die zunehmende Entwicklung zum Steuer- und Abgabestaat gilt es zu verhindern.

② Die Strangulierung weiter mittelständischer Schichten. Die fiskalischen und nichtfiskalischen Mehrbelastungen der deutschen Wirtschaft seit 1969 sind wesentliche Ursachen für die Gefährdung und Zerstörung mittelständischer

Existenzen, für die mangelnde Investitionsbereitschaft der Unternehmen und den daraus folgenden Mangel an Arbeitsplätzen. Dadurch sind in den letzten vier Jahren mehr als eine Million Arbeitsplätze zerstört worden. Die Bundesregierung hat Marktwirtschaft versprochen und auch für die Zukunft gelobt, aber ihre Funktionsfähigkeit vermindert und damit den Systemveränderern Auftrieb gegeben.

Wer eine andere Republik und eine sozialistische Gesellschaftsordnung will, muß nur die Belastungsfähigkeit der Wirtschaft ständig erproben — der Großbetrieb wird syndikalisch bürokratisiert, der Mittel- und Kleinbetrieb wird langfristig systematisch eliminiert — d. h. verdrängt.

Seit Jahren hat der Bundeswirtschaftsminister in seinen Sonntagsreden darauf hingewiesen, daß ein anhaltender Wirtschaftsaufschwung nur durch eine Erhöhung der privaten Investitionen erreichbar ist. Tatsache bleibt, daß diese Investitionen in den letzten Jahren real bis einschließlich 1975 ständig zurückgegangen sind. Die Abwärtsbewegung der Investitionen ist eine der entscheidenden Ursachen für Arbeitslosigkeit.

③ Die ständige Ausweitung des Staatsanteils. In 1976 wurde ein Volumen von rund 47 Prozent des Bruttosozialprodukts durch die öffentlichen Hände einschließlich der Sozialversicherungsträger verausgabt. Das sind

2,5 Prozentpunkte mehr, als das erste Langzeitprogramm der SPD für 1985 angestrebt hat. Fast jede zweite Mark wird durch die öffentlichen Hände verausgabt.

Seit 1970 lagen die jährlichen Zuwachsraten der Ausgaben der Gebietskörperschaften und die der gesamten Staatsausgaben (also einschließlich der Sozialversicherungsleistungen) mit zweistelligen Zahlen weit über den Zuwachsraten des nominalen Bruttosozialprodukts, das bereits inflatorisch aufgebläht war. Von 1970 bis 1976 stieg der Staatsverbrauch um 147 Prozent. Das nominale Bruttosozialprodukt um 87 Prozent. Wenn der Staat die Spielregeln selbst nicht einhält, kann die Marktwirtschaft nicht funktionieren.

Rainer Barzel sagte in der Debatte u. a.: Der Sachverständigenrat empfiehlt „ein Programm der wachstumspolitischen Vorsorge“. Dieser Vorschlag in einer Größenordnung von drei Milliarden DM setzt da an, wo Wachstum beginnt: in der privaten Wirtschaft. Hier soll mit steuerlichen Erleichterungen, durch Förderung von Forschung, Mobilität der Arbeitnehmer und Hilfe zur Gründung neuer selbständiger Unternehmen geholfen werden.

Die Bundesregierung übernimmt in ihrem Programm zwar die Überschrift, nicht aber den Inhalt. Schlimmer: Sie stellt alles auf den Kopf. Ein öffentliches Investitionsprogramm legt sie vor, ein Programm ohne die vorgeschlagenen Anstrengungen für die private Wirtschaft. Mit diesem Programm wird die Koalition weder die Arbeitslosigkeit überwinden noch zusätzliche Beschäftigung für annähernd zwei Millionen erreichen.

Das Programm reicht nicht: Stärkung der Substanz ist nötig. Dazu gehört Vertrauen (die Hälfte der Konjunktur ist

Vertrauen), Vertrauen in die Absichten der Regierung, Vertrauen in ihr gegebenes Wort, Vertrauen in ihre Ordnungspolitik.

Wir haben eine private Wirtschaft. Nur wenn die wirklich „anspringt“, röhrt sich etwas. Die Größenordnungen sind bekannt.

- Im Jahre 1976 standen privaten Investitionen von 236 Milliarden DM solche der öffentlichen Hand von 44 Milliarden DM gegenüber.
- Sachverständige berechnen: Der Anteil staatlicher Programme an der wirtschaftlichen Erholung beträgt etwa ein Fünftel.

Vier Fünftel kommen aus den „Selbstheilungskräften der Wirtschaft“.

So ist zu fragen: Wo bleibt der Teil der Regierungspolitik, der in der privaten Wirtschaft ansetzt, der dort Anstoß, Anregung und Mut gibt und Interesse weckt? Wie soll aber — so ist zu fragen — eine solche folgerichtige Wirtschaftspolitik entstehen, solange der Konsens der Koalition weder ausreicht, eine kritische Lage zuzugeben, noch deren Ursachen zu erkennen und auszusprechen, um sie zu beseitigen?

Diese Tatsachen zwingen uns, von kritischer Lage zu sprechen und nicht den Schönrednern der Koalition zu folgen: Den Maßstab für unsere Arbeit bestimmt nicht irgendein Interesse, sondern allein das Gesetz über Stabilität und Wachstum. Also: Vollbeschäftigung, stabile Preise, wirtschaftliches Wachstum und außerwirtschaftliches Gleichgewicht. Der Handel folgt der Flagge. Die Wirtschaft folgt der politischen Führung. Da es diese nicht gibt, wird der nötige und mögliche Aufschwung wohl erst einer neuen Regierung folgen.

■ BUNDESTAGSFRAKTION

Initiativen der Union

Steuer für DDR-Lkw

Die CDU/CSU-Fraktion hat beschlossen, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuer-Gesetzes in den Deutschen Bundestag einzubringen mit dem Ziel, im Wechselverkehr einreisende DDR-Lkw's zur Kfz-Steuer heranzuziehen.

Die Neufassung des § 17 des Gesetzes läßt jedoch die Möglichkeit offen, daß nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die DDR auf die Erhebung von Steuern oder Gebühren verzichten können. Aktueller Anlaß hierfür ist die am 1. März 1977 seitens der DDR willkürlich erfolgte Ausweitung der Straßenbenutzungsgebühren auf Ost-Berlin.

Dieses Gesetz soll in der Hauptsache einen ersten Beitrag dazu leisten, daß die Bundesregierung endlich ihre innerdeutsche Vertragspolitik ändert, die es dem Vertragspartner DDR bisher ohne das geringste Risiko erlaubte, ständig ihre Einnahmen zu unseren Lasten ohne entsprechende Gegenleistung zu erhöhen.

Flugsicherung

Zum Problem der Flugsicherheit kündigten die Abgeordneten Tillmann und Dr. Schulte für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion an, die Verkehrspolitiker der CDU/CSU würden sich von der Bundesregierung in diesen Fragen nicht weiter vertrösten lassen.

Die spektakulären Beinahe-Zusammen-

stöße der letzten Wochen im deutschen Luftraum würden für sie Anlaß sein, die Situation in der Flugsicherung von Grund auf neu zu überdenken. Die optimistischen Aussagen der Bundesregierung über die Verbesserung der Sicherheit in unserem Luftraum hätten sich als voreilig erwiesen.

Angesichts dieser Situation ergibt sich für die CDU/CSU, daß nur eine konsequente, von Vorbehalten, Eifersüchtlein und Konkurrenzdenken freie, verbesserte Kooperation und Koordination der zivilen und militärischen Luftkontrolle geeignet ist, entscheidende Erfolge zu bringen. Die Bundesregierung hat sich um konkrete Schritte zur Herstellung der reibungslosen Zusammenarbeit bisher herumgedrückt. Für die CDU/CSU ist unverständlich, daß sich die beteiligten Ressorts bisher offensichtlich noch nicht einigen konnten.

„Heimliche“ Steuererhöhungen

Die indirekten Steuererhöhungen, die im Bereich der Einkommensteuer und Lohnsteuer dadurch eintreten, daß Tarif, Freibeträge, Freigrenzen, Höchstbeträge usw. nicht oder nur unzureichend an die Entwicklung des Geldwertes angepaßt werden, haben, wie der Obmann der CDU/CSU im Finanzausschuß, Dr. Reinhold Kreile, erklärte, die Steuerbürger in den letzten Jahren immer einschneidender getroffen.

Insbesondere wegen der unterlassenen Anpassung des Tarifs werden Lohn-

und Einkommenzuwächse — zum Teil progressiv — besteuert, obwohl sie nur zu einem geringen Teil zu einer Erhöhung der realen Kaufkraft führen.

Die Union hält es für unerlässlich, daß der Gesetzgeber sich das Ausmaß der heimlichen Steuererhöhungen selbst bewußt macht und den Tarif und die Freibeträge usw. laufend überprüft. In einer Reihe von Fragen an die Bundesregierung will die CDU/CSU wissen, auf welche Höhe eine Reihe von einzeln aufgeführten Freibeträgen, Höchstbeträgen usw. angehoben werden müßten, wenn sie entsprechend der Steigerung der Lebenshaltungskosten seit der Einführung oder letzten Änderung der Freibeträge usw. fortgeschrieben würden.

Ausbildungsförderung

Die Union hat bei der Festsetzung der Elternfreibeträge einen Erfolg zugunsten der Schüler und Studenten verbuchen können: Nach langem Zögern und Verhandeln haben sich SPD und FDP wenigstens bereit gefunden, den Elternfreibetrag nun doch statt auf 1 100 DM auf 1 130 DM monatlich zu erhöhen.

Die CDU/CSU hatte darüber hinaus im Ausschuß beantragt, die Elternfreibeträge ab Mitte 1978 auf 1 200 DM monatlich zu steigern. SPD und FDP sind diesem Antrag nicht gefolgt. Dadurch werden auch diejenigen Schüler und Studenten, die erst in diesem Jahr durch die Erhöhung des Elternfreibetrages in den Genuß einer Teilstützung kommen, im nächsten Jahr wieder aufgrund der Entwicklung bei den Elterneinkommen aus der Förderung herausfallen. Die angestrebte Kontinuität in der Ausbildungsförderung wurde damit durch SPD und FDP verhindert.

Die CDU/CSU hat im Bildungsausschuß einen weiteren Antrag zu der für den Herbst geplanten Neuordnung der

Struktur der Ausbildungsförderung gestellt. Sie will damit u. a. erreichen, daß wenigstens in Zusammenhang mit der geplanten Strukturnovelle noch geprüft wird, ob nicht durch Strukturverbesserungen, die Einsparungen bringen, doch noch die sicher gerechtfertigte Anhebung der Elternfreibeträge im Jahre 1978 ermöglicht werden kann. Auch hier zeigt die SPD/FDP-Koalition wenig Verständigungsbereitschaft.

Demonstrationen und Gewaltkriminalität

Der Abbau des Demonstrationsstrafrechts hat dazu geführt, daß bei Gewalttätigkeiten keine geeigneten strafrechtlichen Maßnahmen mehr gegen die Täter ergriffen werden können. Dies hat dazu geführt, daß radikale Gruppen und subversive Kräfte das Grundrecht der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit zu brutaler Gewaltanwendung mißbrauchen.

Der Wiederherstellung der inneren Sicherheit und der Gewährleistung der freien Ausübung des Demonstrationsrechts für friedliche Demonstranten dient ein Gesetzentwurf, mit dessen Erarbeitung eine Arbeitsgruppe der Fraktion beauftragt worden ist.

Die Unionsfraktion hat eine weitere Arbeitsgruppe beauftragt, einen Gesetzentwurf zur besseren Bekämpfung der Gewaltkriminalität, insbesondere des erpresserischen Menschenraubes, zu erarbeiten. Die Strafen für derartige Delikte müssen so bemessen sein, daß der Täter nicht nach einigen Jahren entlassen wird und dann in Ruhe die Früchte seines Verbrechens genießen kann. Im Falle der Albrecht-Entführung z. B. wird der Täter demnächst entlassen, ohne daß bisher sein Beute-Anteil, 2,5 Millionen DM, aufgefunden werden konnte.

KOALITION

Jusos als Entwicklungshelfer

Zu der Pressemeldung, daß die Jungsozialisten aus dem Entwicklungshilfegesetz von 1977 600 000 DM zur Durchführung von Entwicklungshilfe-Projekten für Erwachsenenbildung, z. B. in Peru, erhalten sollen, erklärte der Entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. H. G. Todenhöfer: Wenn die Bundesregierung dies plane, werde die CDU/CSU dies zu verhindern wissen. Es habe gerade noch gefehlt, daß für die Entwicklungshilfe Steuergelder den marxistischen Stamokap-Jusos anvertraut werden, um diesen die Möglichkeit zu geben, in der dritten Welt radikal-sozialistische Experimente durchzuführen.

Taktisches Manöver

Das Zurückzucken der Jusos vor dem Ultimatum der SPD-Führung ist nur ein taktisches Manöver, erklärte CDU-Sprecher Wolfgang Wiedemeyer zu dem Zwist zwischen Jungsozialisten und SPD-Parteiführung. Der gefundene Kompromiß besteht aus reinem Formalkram. Es geht in diesem SPD-internen Konflikt nicht nur um die einmalige Zusammenarbeit der Jungsozialisten mit Kommunisten. Das Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen zwischen SPD-Vorstand und Jusos kann die unüberwindbaren Gegensätze zwischen linksradikalen und besonnenen SPD-Mitgliedern nicht aus der Welt schaffen. Der SPD-Nachwuchs rückt keinen Deut von der Strategie der Systemüberwindung ab, wie sie seit Jahr und Tag bei jeder sich bietenden Gelegenheit von den Jusos vertreten wird.

Wer von wiedergefundener Fähigkeit zur einheitlichen Meinungsbildung im

SPD-Lager spricht, wurde auf der Pressekonferenz der Jungsozialisten eines Besseren belehrt. In ihrer Vorstandserklärung unterstreichen die Jusos erneut, daß sie ihre Aufgabe darin sehen, „ohne ultimativen Druck von irgendeiner Seite alles zu tun, den Beschuß des Hamburger Bundeskongresses entsprechend den vorhandenen Möglichkeiten umzusetzen“ (vgl. UID 12/77).

Spenden für Kommunisten absetzbar

Beim Nachblättern in einer vom Bundesinnenministerium fortgeschriebenen Liste, welche der im Bundestag und in den Landtagen vertretenen Parteien 1976 spendenfähig im Sinne des § 10 EStG sind, machte der Bonner „Exklusiv-Dienst“ seltsame Entdeckungen: Unter den insgesamt 25 Parteien und Vereinigungen, für die man Spenden steuerlich absetzen durfte, figurieren: Der Kommunistische Bund Westdeutschland, die Gruppe Internationale Marxisten, die Kommunistische Partei Deutschland, die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (Fraktion „Roter Morgen“), die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, die Deutsche Friedensunion, die Recht und Freiheit Partei, die Vereinigte Linke, die Unabhängige Arbeiterpartei und die Europäische Arbeiterpartei.

Teures Bundeskanzleramt

Jeder einsichtige Staatsbürger würde Sparsamkeit für das Gebot der Stunde halten. Mit gutem Beispiel müßte hier der Bundeskanzler vorangehen. Das Gegenteil ist der Fall. Im Personalbereich des Bundeskanzleramtes werden zwölf neue Stellen für das sogenannte Lagezentrum (Krisenstab) geschaffen, obwohl hierfür keine besonders qualifizierten Kräfte erforderlich sind und die-

se Aufgabe aus dem vorhandenen Stamm von Mitarbeitern erfüllt werden könnte: Gravierender ist die Ausweitung der sogenannten Leitungsebene (Kanzler- und Staatssekretärbüros) von 42 auf 47 Mitarbeiter. Dazu zählt auch ein eigenes Pressereferat mit fünf Köpfen, obwohl das Bundespresse- und Informationsamt mit seinen 708 Beschäftigten unmittelbar zum Kanzleramt gehört. Ein weiteres Beispiel für überflüssiges Personal ist auch das „Dreifachbüro“ des Staatssekretärs Spangenberg im Bundeskanzleramt in Bonn, in seinem Amt in Berlin und im Innerdeutschen Ministerium. Der Repräsentationsfonds des Kanzlers wird von 310 000 DM in 1976 auf 390 000 DM in 1977 aufgestockt, was einer 27 %igen Erhöhung entspricht. Die Bewirtschaftungskosten des Kanzleramt-Neubaus steigen von rd. 500 000 DM für das alte Palais Schaumburg auf nunmehr rd. 2,6 Millionen DM, was mehr als einer Verfünffachung entspricht. Desgleichen steigen die Unterhaltungskosten der Kanzleramtsanlagen und Grundstücke von rd. 437 000 DM für das alte Palais Schaumburg auf nunmehr 2,3 Millionen DM.

Sitz und Stimme in der SPD

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, vertreten durch seinen Vorsitzenden Bert Harting, verlangt allen Ernstes, daß er künftig mit „Sitz und Stimme“ im Landesausschuß der nordrhein-westfälischen SPD vertreten sein wolle. Hierzu schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (21. März 1977): „Die wahre Bedeutung dieses Verstoßes wird erst deutlich, wenn man sich vorstellt, die Amtskirchen würden für die Zukunft bei der CDU und CSU, bestimmte Arbeitgeberorganisationen bei der FDP, eine solche Institutionalisierung verlangen.“

Es ist ein bleibendes Verdienst des ehemaligen CDU-Generalsekretärs Biedenkopf, daß er aus Anlaß des letzten Bundestagswahlkampfes zumindest auf Teilbereiche dieser Problematik mit seiner „Filzokratie-Kampagne“ im Ruhrgebiet aufmerksam machte. Nun liefert der DGB, der zunächst gegen Biedenkopf Sturm ließ, eine späte, dafür aber um so eindeutigere Rechtfertigung für Biedenkopfs Thesen.

Ein vertrauliches Gespräch zwischen DGB und SPD auf Landesebene platzte wegen einer gezielten Indiskretion. Hartig, der sich und seinen Landesbezirk diskreditiert sah, griff zu einer bislang nur gegenüber der CDU bewährten Formel: Das Verhältnis von DGB und SPD sei nunmehr „äußerst erschwert und belastet“, hieß es. Die Bundesführung des DGB ließ das heiße Eisen, um sich nicht selbst zu verbrennen, unverzüglich fallen. Hartig, hörte man dort, habe einen „völlig unüberlegten Alleingang“ versucht.

Front gegen Schröpfung der Steuerbürger

In einem Interview des „Süddeutschen Rundfunks“ forderte der Vorsitzende des Bundes der deutschen Steuerbeamten, Fredersdorf (SPD), die CDU/CSU auf, gegen das vom Bundeskabinett verabschiedete Steuerpaket Widerstand zu leisten. Das Steueränderungsgesetz sei eine Absage an jegliche Steuerpolitik. Hier werde unsystematisch, konzeptionslos und ohne irgendwelche Grundsätze nach dem Gießkannenprinzip verfahren. Von Gerechtigkeit und Vereinfachung könne keine Rede sein. Das Gesetz bedeute eine weitere Schröpfung der Steuerbürger. Im übrigen, so fügte Fredersdorf hinzu, enthalte das Gesetz nicht mehr die Spur sozialdemokratischer Politik.

■ EUROPA-PARLAMENT

Erfolg für die Allianz der Mitte

Der Mitarbeiter des „Rheinischen Merkur“, Jürgen Wahl, sprach mit Egon Klepsch, MdB/MdEP, nach dessen Wahl zum Vizepräsidenten der CD-Fraktion im Europäischen Parlament in Luxemburg. UfD zitiert auszugsweise aus dem Interview, das am 18. 3. 1977 erschien.

Frage: Im Europäischen Parlament bilden die Sozialisten die relativ stärkste Fraktion. Aber der Christliche Demokrat Emilio Colombo wurde jetzt Parlamentspräsident. Wie kam es dazu?

Dr. Klepsch: Anfang März hatten die Christlichen Demokraten und die Liberalen, um die sozialistische Vorherrschaft im Europäischen Parlament zu beenden, ein Abkommen über die Wahl des Präsidenten geschlossen. Wir haben den früheren italienischen Minister und Ministerpräsidenten Emilio Colombo vorgeschlagen. Die konservative Fraktion hatte sich entschieden, diesen Kandidaten mitzutragen.

Frage: Die deutschen Sozialdemokraten führen immer ins Feld, daß eine Unterstützung ihrer Vorschläge durch Kommunisten sozusagen „unerbeten“ oder zufällig sei. Wie ist die tatsächliche Lage?

Dr. Klepsch: Seit dem Hereinkommen der Labour-Abgeordneten aus Großbritannien hat sich die Achse in der sozialistischen Fraktion eindeutig nach links verschoben. Das führt dazu, daß in zahlreichen Abstimmungen eine Übereinstimmung der Auffassung zwischen der durch Fraktionsdisziplin geeinten sozialistischen Fraktion und der kommunistischen Fraktion eintritt.

Frage: Die kommunistische Fraktion erhält „Eurokommunisten“. Wie stellen diese sich in der Praxis dar?

Dr. Klepsch: Man muß sagen, daß sich die Kommunisten im Parlament bemühen, moderiert aufzutreten. Speziell die italienischen Kommunisten haben sich bemüht, eine distanzierte Verhaltensweise zu den Menschenrechtsverletzungen im kommunistischen Machtbereich zu demonstrieren.

Frage: Wird die Verletzung der Menschenrechte im Europäischen Parlament stärker behandelt werden?

Dr. Klepsch: Es wird im April nach Verabredung zwischen den Fraktionen eine große Debatte über die Wahrung der Menschenrechte in der ganzen Welt stattfinden.

Frage: Hegen Sie die Hoffnung, daß dann auch die Regierungen der neun Gemeinschaftsländer einen Impuls bekommen für ihr Verhalten bei der Konferenz in Belgrad?

Dr. Klepsch: Das ist unsere erklärte Absicht. Wir haben vor und nach der Helsinki-Konferenz den Standpunkt des Parlaments darlegt. Wir haben Maßstäbe aufgestellt, an denen wir die Ergebnisse dieser Konferenz messen werden.

Frage: Wird sich ein Dialog zu Sachfragen zwischen Christlichen Demokraten, Liberalen und Konservativen entwickeln können, etwa über die Aussagen, die der Präsident der Europäischen Volkspartei (EVP), der belgische Ministerpräsident Tindemans, in dem nach ihm genannten Bericht getroffen hat?

Dr. Klepsch: Man muß sagen, daß die Vorbereitung der Direktwahl alle politischen Gruppierungen dazu nötigt, ihre Standpunkte in Sachfragen stärker zu profilieren. Ein wichtiges Thema wird sein, wer sich in Europa zur Sozialen Marktwirtschaft bekennt und wer nicht.

Frage: Das Europäische Parlament wird auch demnächst noch keine Regierung wählen können, sondern sieht sich als begrenztes Kontrollorgan der Kommission gegenübergestellt. Wo sehen Sie Aussichten, daß die Christlichen Demokraten nach einer direkten Wahl auf die Zusammensetzung der Kommission besser Einfluß nehmen könnten?

Dr. Klepsch: Gegenwärtig sind die Christlichen Demokraten in der Kommission erheblich unterrepräsentiert.

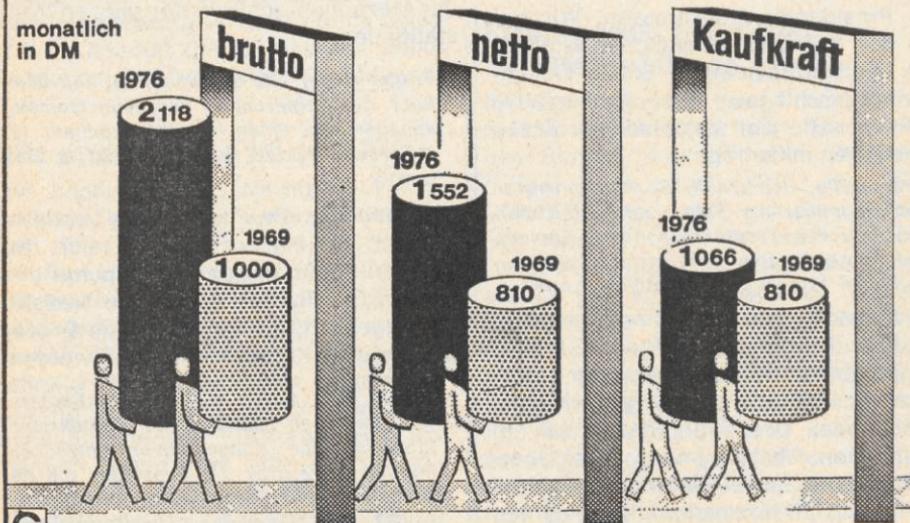
Das hängt auch damit zusammen, daß aus Deutschland kein Christlicher Demokrat, wie es in den anderen Ländern, die zwei Vertreter zu entsenden haben, üblich ist, die Kräfte der Opposition repräsentiert.

Frage: Was wird die Europäische Gemeinschaft im Bereich der Verteidigung, also der Sicherheitspolitik leisten müssen?

Dr. Klepsch: Das Europäische Parlament befaßt sich sozusagen automatisch mit diesem Fragenkomplex, weil wir, das Parlament, den Zusammenhang zwischen den Konferenzen über die MBFR in Wien und die Konferenz von Belgrad ganz deutlich sehen. Wir sind nicht bereit, den Sicherheitsaspekt außer acht zu lassen.

Die große Einkommens-Illusion

Durchschnittliche Arbeitnehmer-Einkommen* 1969 / 1976



*verheiratet, 2 Kinder – Kindergeld bzw. Steuerfreibeträge berücksichtigt

■ PARTEIARBEIT

Ideen – Taten – Aktionen

Unter diesem Titel setzen wir unsere frühere Berichterstattung über interessante und beispielhafte Aktionen der CDU-Verbände fort.

„Woche der CDU“

Die Anregung zur Durchführung der „Woche der CDU“ hat eine sehr große Zahl von Verbänden mobilisiert (UID Nr. 3/77). Täglich treffen Mitteilungen über Aktionsplanungen ein. Die erste uns bekannte Veranstaltung soll schon ab 12. April in Ennepetal stattfinden. Das farbige Programm enthält neben einer politischen Großkundgebung u. a. Kinderveranstaltungen und einen großen Frühlingsball.

CDU-Kreisverband Ennepe-Ruhr-Kreis, Förderstraße 111, 5828 Ennepetal

Bildungsarbeit in Düsseldorf

Das Echo der Bildungsveranstaltungen bei der Düsseldorfer CDU wird immer größer. Schon lange vor der Bundestagswahl fanden die ersten Veranstaltungen statt: Zeitgemäße Bildungsarbeit in Form eines scharfen Argumentationstrainings. Aktuelle politische Themen, vor allem Fragen der Wirtschaftspolitik und der Sozialen Marktwirtschaft, werden in Rollenverteilung erarbeitet.

An simulierten Canvassingständen wird eine Straßendiskussion erprobt. Hierbei wird versucht, Bildungsmaßnahmen der

Wirtschaft auf das politische Geschehen umzusetzen.

Neue Themen des Frühjahrs:

1. Inhalte des CDU-Bundesparteitages
2. Erarbeitung einer CDU-Aktionskonzeption.

CDU Düsseldorf, Grabenstraße 8, 4000 Düsseldorf.

CDU-Kinderstube in Gummersbach

Seit zwei Jahren arbeitet mit viel Anerkennung und Erfolg diese wichtige Einrichtung. Wir entnehmen der örtlichen Presse: „Zwei Jahre besteht die Kinderstube, deren Modellcharakter weit über die Grenzen der Kreisstadt hinaus anerkannt ist und sicherlich bald Schule machen wird. Mitglieder der CDU-Frauenvereinigung stellen sich seit 1974 in den Dienst der Kleinkinderbetreuung, die sie ehrenamtlich dienstags und freitags im Haus der Altentagesstätte am Bismarckplatz durchführen. Dank stateten ihnen am Freitagmorgen die zahlreichen Gäste ab, die mit Geschenken zur Gratulation antraten.“ Wir schließen uns an . . .

CDU-Kreisverband Oberberg, Schützenstraße 4, 5270 Gummersbach 1

Kostendeckende Wahlkampffinanzierung

im Wahlkreis 53 Aachen-Stadt

In einer ausführlichen Studie berichtet die CDU Aachen-Stadt/Bezirk Stadtmit-

te, über die Erfahrungen im Wahlkampf 1976. Das Ziel, eine kostendeckende Wahlkampffinanzierung, sollte durch die Konzeption „CDU-Verkaufsförderung“ erreicht werden. Folgende Inhalte bilden die Schwerpunkte der Studie:

Produktionskonzeption
Finanzierungskonzeption
Organisationsmittel
Wahlhelfer-Einsatz
Verkaufsaktionen bei CDU-Veranstaltungen
Pressearbeit
Erfolgsanalyse

CDU Aachen, Augustinerstraße 2, 5100 Aachen

Skattturnier in Simmern

„Einen Volltreffer landete der CDU-Gemeindeverband Simmern bei seinem diesjährigen Skattturnier zugunsten der Aktion Lebenshilfe“, zitiert die Presse eines der vielen Grußworte an die Veranstalter. 135 Spieler nahmen an dem Skatmarathon teil. Bei den nahezu 500 Einzelspielen gab es viel Spannung. Der Reinerlös von 1850 DM kam der Tagesstätte Schönborn zugute.

CDU-Kreisverband Westerwald, Bahnhofstraße 61, 5430 Montabaur

Europa-Aktion der CDU Südbaden

Als langfristige Vorbereitung für die Europawahl ist die Europa-Aktion der Südbadener CDU konzipiert. Durch mehr Information über Europa soll die Meinungsbildung der Bürger angeregt werden.

Die Aktion, die für das Frühjahr 1977 vorgesehen ist, wurde in Einzelheiten auf Kreis-, Bezirks- und Ortsebene beraten. In jeder Gemeinde Südbadens

soll, laut Planung, im Frühjahr 1977 eine CDU-Versammlung zum Thema Europa durchgeführt werden. Zwei Wochenendseminare für Redner über Europathemen sollen die Aktion unterstützen.

Auf Kreisebene finden Schwerpunktveranstaltungen unter dem Titel „Europatag der CDU“ statt.

CDU Südbaden, Eisenbahnstraße 64, 7800 Freiburg

Mitgliederwerbung in Bernkastel-Wittlich

In einer sehr erfolgreichen Aktion nach dem Kontakter-Modell verzeichnete der Kreisverband 301 neue Beitrete. Damit liegt der Kreisverband bezüglich Mitglieder-Einwohner-Zahlenverhältnis an erster Stelle in Rheinland-Pfalz.

CDU Bernkastel-Wittlich, Schloßstr. 6, 5560 Wittlich

CDU Kiel: Senioren ins Theater

Bis zu 80 Senioren nehmen an den monatlichen Theaterbesuchen der Kielser CDU teil. Neben verbilligten Eintrittskarten organisiert die CDU auch die Beförderung. 70 Mitglieder haben sich bereit erklärt, die Senioren ins Theater zu fahren.

CDU-Kreisverband Kiel, Legienstraße 12/I, 2300 Kiel

Wir bitten weiterhin um Information über Ihre Aktionen in Form kurzer Mitteilungen mit dem Vermerk „Ideen — Taten — Aktionen“ an die

**CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn**

Zur Sache:

SPD/FDP-Regierung am Ende?

Nach 100 Tagen steht die SPD/FDP-Regierung vor dem Bankrott.
Urteilen Sie selbst!

Abhöraffäre: Innenminister Maihofer ist überfordert. Hilflos steht er vor immer neuen Enthüllungen.

Arbeitslosigkeit: Entgegen allen Versprechungen der Regierung sind immer noch über 1,2 Millionen Bürger arbeitslos.

Deutschlandpolitik: Ständig neue Schikanen und Vertragsbrüche sind die Politik der DDR. Die SPD/FDP-Regierung ist ratlos.

Jusos: Künftig werden die Jungsozialisten von Kommunistenfreunden geführt. Brandt und Schmidt sehen tatenlos zu.

Kernenergie: Die Regierung weiß nicht, wie die Energieversorgung auf Dauer gesichert werden kann.

Renten: Erst belügt die SPD/FDP-Regierung die Bürger in Sachen Renten, dann weiß sie keine klare Antwort.

Steuererhöhung: Die SPD/FDP hat unser Land verschuldet wie nie zuvor. Sie will jetzt durch die Mehrwertsteuererhöhung die Löcher stopfen.

Die Bürger unseres Landes haben das Versagen der Schmidt/Genscher-Regierung erkannt. Sie haben kein Vertrauen mehr zur SPD/FDP. Das beweist der große Erfolg der CDU bei den Kommunalwahlen in Hessen, Frankfurt, die größte Stadt Hessens, wird jetzt von der CDU regiert. Das Vertrauen der Wähler bestärkt die CDU, sozialistische Experimente zu verhindern.

Die CDU wird eine freiheitliche Politik für die Bürger durchsetzen.

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle

8/77



UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBUHR BEZAHLT

TERMINE

- 1./ 3. 4. **RCDS — Bund,**
Bundesdelegiertenversammlung,
Tübingen
2. 4. LV Schleswig-Holstein (Sozial-
ausschüsse), Landesausschuß,
Neumünster
13. 4. LV Berlin, Landesvorstand, Berlin
13. 4. LV Braunschweig, Landesvorstand,
Braunschweig
13. 4. LV Bremen, Landesvorstand,
Bremen
15. 4. LV Schleswig-Holstein (Frauen-
vereinigung), Hauptausschuß,
Lübeck
- 15./16. 4. LV Berlin, 59. Landesparteitag,
Berlin
16. 4. LV Oldenburg, Landesparteitag,
Vechta
18. 4. LV Westfalen-Lippe (Frauenver-
einigung), Hauptausschuß,
Dortmund
21. 4. LV Hessen, Kreisgeschäfts-
führerkonferenz, Lich
22. 4. LV Westfalen-Lippe, Landes-
vorstand, Dortmund
22. 4. **CDU — Bund,**
Präsidium, Bonn
- 22./23. 4. **Union der Vertriebenen und**
Flüchtlinge — Bund,
Bundesdelegiertenversammlung,
Bonn

- 22./23. 4. **JU — Bund,**
Bundesvorstand
- 22./23. 4. **KPV d. CDU/CSU — Bund,**
Bundesvorstand und
Hauptausschuß, Kiel
23. 4. LV Saar, Landesparteitag,
Saarbrücken
23. 4. LV Braunschweig, Landesparteitag,
Braunschweig
23. 4. LV Oldenburg (Sozialausschüsse),
Landestagung, Rastede
23. 4. LV Schleswig-Holstein (Sozialaus-
schüsse), Landesausschuß,
Neumünster
25. 4. LV Berlin, Landesvorstand, Berlin
25. 4. CDU Niedersachsen, Landes-
vorstand, Hannover
25. 4. **CDU — Bund,**
Bundesvorstand, Bonn
27. 4. **CDU — Bund,**
Landesgeschäftsührerkonferenz,
Bonn
- 29./30. 4. BV Nordwürttemberg, Bezirks-
parteitag, Fellbach
30. 4. LV Rheinland-Pfalz (Frauen-
vereinigung), Hauptausschuß
30. 4. JU Schleswig-Holstein,
Ortsvorsitzendenkonferenz,
Bad Segeberg
2. 5. LV Baden-Württemberg, Präsidium
und Landesvorstand, Stuttgart
2. 5. **CDU — Bund,**
Präsidium, Bonn
2. 5. LV Westfalen-Lippe (Mittelstands-
vereinigung), Landesmittelstands-
tag, Münster

UiD

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 21 80 40. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun, Bankverbindung: Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.